

WIR SIND DIE UNION DEUTSCHLANDS.

BESCHLUSS DES BUNDESAUSSCHUSSES
DER CDU DEUTSCHLANDS VOM 22. MÄRZ 2010 IN BERLIN

CDU

Wir sind die Union Deutschlands.

***„Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!“***

Als der Dichter August Heinrich Hoffmann von Fallersleben am 26. August 1841 auf der Insel Helgoland diese Zeilen des Liedes der Deutschen niederschrieb, die heute der Anfang unserer Nationalhymne sind, da drückte er die Sehnsucht seiner Zeit nach einem geeinten Deutschland aus. Damit hat er – zeitlos – die drei Kriterien für die Vollendung unserer deutschen Wiedervereinigung benannt.

Freiheit

Im vergangenen Jahr haben wir die Wiedererlangung der politischen Freiheit für alle Deutschen vor zwanzig Jahren gefeiert.

Die bewegenden Bilder von den Friedensgebeten innerhalb und außerhalb der Kirchen und der friedlichen Demonstranten mit ihren Parolen „Wir sind das Volk“ und später „Wir sind ein Volk“ im Angesicht der bewaffneten Staatsmacht sind unvergesslich. Mit der friedlichen Revolution haben die Menschen in der DDR aus eigener Kraft den Mauerfall herbeigeführt. Aus dieser großartigen Leistung und Zivilcourage können wir heute noch Kraft und Zuversicht schöpfen. Der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls, ist einer der glücklichsten und schönsten Tage unserer Geschichte.

Mit der friedlichen Revolution hat das deutsche Volk, in Ost wie in West, erst seine Freiheit wieder gewonnen. Von einem freien Land kann man nur sprechen, wenn alle Bürger eines Volkes frei sind. Für die Menschen in Ost und West ist unser Land erst seitdem in seiner ganzen Vielfalt und Schönheit zu erleben. Uns steht die Welt offen, wir sind offen für die Welt.

Mit der friedlichen Revolution haben wir unsere Freiheit erlangt. Das Jahr 1990 war das Jahr freier Wahlen: die Volkskammerwahl, die Kommunalwahlen, die Landtagswahlen und die Bundestagswahl. Mit dem „2+4-Vertrag“ hat unser Land seine volle Souveränität wieder erlangt, die europäischen Nachbarschaftsgrenzen wurden völkerrechtlich anerkannt. Deutschland nimmt seitdem uneingeschränkt seinen Platz in der Weltgemeinschaft ein. Am 3. Oktober 1990 wurde in unserem Land die staatliche Einheit wieder hergestellt. Die Freiheit bekam ihr Recht.

In Würdigung und Anerkennung dieses historischen Glücks hat der Deutsche Bundestag bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, in Berlin ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zu errichten. Zum würdigen Gedenken an die im Herbst 1989 überall in der DDR stattgefundenen Demonstrationen, aber auch in Erinnerung an die Ereignisse des 17. Juni 1953, wird auf Vorschlag der CDU unsere Bundesregie-

rung darüber hinaus die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig unterstützen.

Unser besonderer Dank gilt dabei auch den Demokratiebewegungen in Polen, Ungarn, der damaligen Tschechoslowakei und den Reformern in der ehemaligen Sowjetunion. Ihre Leistungen haben den Weg der deutschen Wiedervereinigung gebahnt.

Recht

Das Jahr 1989 war das Jahr der friedlichen Revolution. Das Jahr 1990 steht für die Gestaltung und Vollendung der verfassungsrechtlichen Einheit in Freiheit und Recht.

Dieser Wiedervereinigungsprozess wurde maßgeblich von CDU-Politikern geprägt. Bereits im November 1989 hatte die CDU unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem 10-Punkte-Programm die Initiative im Einigungsprozess übernommen. Dem diplomatischen Verhandlungsgeschick des „Kanzlers der Einheit“ und Ehrenbürger Europas Helmut Kohl verdanken wir die erforderliche Zustimmung der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowie der Staaten der Europäischen Union zur Wiedervereinigung Deutschlands. Als erster und zugleich letzter freigeählter Ministerpräsident der DDR hat Lothar de Maizière wichtige Meilensteine für ein Leben in Freiheit und Einheit in Deutschland gesetzt. Der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble und der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR Günther Krause haben den Einigungsvertrag zügig ausgehandelt und damit die Weichen für das innere Zusammenwachsen unseres Vaterlandes gestellt. Die CDU wird in den kommenden Monaten an die wichtigen Wegmarken zur Einheit Deutschlands erinnern.

Der politische Transformationsprozess im Jahr 1990 war so erfolgreich, weil die Menschen in den Neuen Ländern die Demokratie Schritt für Schritt von unten aufgebaut haben. Entscheidend für die erfolgreichen Verhandlungen zum Einigungsvertrag aber war das Ergebnis der Wahlen zur ersten freien Volkskammer, das das unionsgeführte Wahlbündnis der Allianz für Deutschland zur stärksten politischen Kraft machte. Die erste freie Kommunalwahl der Bürgermeister und Landräte am 6. Mai 1990 war eine enorme Leistung. Mit dem noch von der Volkskammer beschlossenen Ländereinführungsgesetz wurden schließlich fünf Bundesländer unmittelbar mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wieder neu errichtet und die jeweilige Regierungsbildung mit den Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 auf eine demokratische Grundlage gestellt. Das Fundament für den Aufbau einer rechtsstaatlichen Verwaltung und Justiz war damit gelegt und die Transformation von der Diktatur zur Demokratie abgeschlossen.

Die Neuen Länder und Kommunen sind heute selbstbewusste Akteure in unserem Gemeinwesen. Mit den Bürgermeistern und Landräten der ersten Stunden will die von uns getragene Bundesregierung im Frühjahr in Weimar an diese demokratische Pionierzeit erinnern und darin auch die Aufbauhelfer dieses Neubeginns aus den westdeutschen Ländern einbeziehen.

Einigkeit

Mit dem Wegfall der Menschen verachtenden innerdeutschen Grenze ist der unser Land trennende Graben weggefallen. Einigkeit, wie es in unserer Nationalhymne heißt, ist nicht gleichzusetzen mit Einheitlichkeit. Gleichmacherei ist das Gegenteil von Gleichwertigkeit. Wir freuen uns über Unterschiede, die Ausdruck von Freiheit, Kultur und Tradition sind, wenn sie zur Einigkeit im Ganzen beitragen. Mit den Jubiläumsfeierlichkeiten wollen wir einen weiteren Beitrag dazu leisten und herausstellen, wie viel sich in den letzten 20 Jahren getan hat.

Der Jugend in Ost und West ist die Geschichte der Trennung kaum noch bewusst. Sie ist wie selbstverständlich eins. Das ist gut und richtig. Der Jugend gegenüber fühlen wir uns aber auch verpflichtet, gegen jede Verklärung der Vergangenheit vorzugehen, um das Bewusstsein für unser einiges Vaterland und seine Geschichte zu stärken. Von unserer Fähigkeit, die Fehler der Vergangenheit nicht zu vergessen, hängt unsere Fähigkeit ab, diese nicht zu wiederholen. Damit leisten wir auch einen wirksamen Beitrag gegen jede Form von Extremismus, von links wie von rechts.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist weit voran geschritten. Die Umwandlung der zentralistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft war und ist eine gewaltige Aufgabe. Nie zuvor in der Geschichte wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte Infrastruktur eines Landes so tiefgreifend modernisiert. Beispielhaft seien nur der Verkehrsbereich, die Krankenhäuser, der Stadtumbau und die Umweltsanierung genannt. Nie zuvor wurde eine von Schwerindustrie und Groß-Kombinaten geprägte Wirtschaft in so kurzer Zeit in eine durchweg mittelständisch orientierte Wirtschaft umgewandelt. Das ging nicht ohne Brüche und Fehler. Es gibt wohl kaum einen Deutschen, der nicht hiervon unmittelbar betroffen worden wäre. Für die meisten Menschen in den Neuen Ländern bedeutete die Entwicklung, sich beruflich neu orientieren zu dürfen oder zu müssen, Zeiten der Arbeitslosigkeit und Umzüge hinzunehmen. Im Westen Deutschlands mussten sich in weiten Teilen eine neue Offenheit gegenüber der ehemaligen DDR und ein neuer Blick auf die gesamtdeutsche Zukunft erst einstellen.

Die Deutschen können stolz sein auf das, was sie in den vergangenen Jahren gemeinsam geleistet und erreicht haben. Der Aufbau war oft schwieriger und nicht so spektakulär wie die Revolution. Einig unterstützen die Deutschen diesen wirtschaftlichen Prozess seit 20 Jahren. Diese beispiellose historische Solidarität ist eine gewaltige patriotische Leistung. Das Ergebnis gibt uns recht: Derzeit beträgt die Wirtschaftskraft der Neuen Länder 71 Prozent des West-Niveaus, das Gefälle der Lohn- und Gehaltsstrukturen schrumpft, in der Kultur und in der Schulbildung setzt der Osten Maßstäbe, viele Bau- und Umweltsünden gehören glücklicherweise der Vergangenheit an, die alten Städte voller Kultur und Denkmäler strahlen.

Ziel der CDU ist es bis zum Jahr 2019 – dem Ende des Solidarpakts II – gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen. Dabei bleiben die Steigerung der Wirtschaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit unsere zentralen Ziele.

Um die deutsche Einheit wirtschaftlich, aber auch gesellschaftspolitisch zu vollenden, bekennt sich die CDU zu den nachfolgenden 10 Maßnahmen:

- **Finanzielle Garantie des Solidarpakts II**

Wir stehen zu dem bis 2019 geschlossenen Solidarpakt II. Die vereinbarten Mittel sind erforderlich, um die teilungsbedingten Sonderlasten aus dem infrastrukturellen Nachholbedarf abzudecken, die unterproportionale kommunale Finanzkraft auszugleichen und die Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Sie müssen zweckentsprechend eingesetzt werden.

- **Stärkung der Ost-Förderung**

Wir wollen die Wirksamkeit der Wachstums- und Beschäftigungsförderung in den Neuen Ländern erhöhen, indem wir ihnen bei den aufbaurelevanten Förderinstrumenten den erforderlichen Spielraum für regionale Besonderheiten einräumen. Dabei wollen wir mit dem verabredeten Finanzvolumen mehr Freiheit und Verantwortung auf die regionale Ebene verlagern.

- **Gewährung von Übergangsregelungen bei EU-Strukturfonds**

Wir werden dafür sorgen, dass die ab 2014 aus der Höchstförderung heraus fallenden Regionen eine angemessene Übergangsregelung erhalten. Ziel ist es, die zunächst bis 2013 befristete EU-Förderung nicht abrupt zu stoppen, sondern in den Folgejahren möglichst sanft abzuschmelzen.

- **Sicherung der Innovationsregion in den Neuen Ländern**

Wir werden die bewährte Innovationsförderung fortführen, und dabei neben der Grundlagenforschung zukünftig die anwenderbezogene und auf Wissenstransfer ausgerichtete Forschung ausbauen. Gerade in Krisenzeiten leisten Investitionen in Forschung und Entwicklung die entscheidenden Impulse, um die Dynamik in Zukunftsmärkten und Zukunftstechnologien zu festigen und damit zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu sichern. Bei der privat finanzierten Forschung weisen die Neuen Länder leider noch einen besonders großen Rückstand auf. Wir begrüßen deshalb sehr, dass jetzt bundesweit – neben dem bewährten Instrument der Projektförderung – auch eine steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung geprüft wird.

- **Bereitstellung leistungsfähiger Verkehrsinfrastruktur**

Wir werden die noch ausstehenden Verkehrsprojekte Deutsche Einheit umsetzen. Sie sind keine Ost-Projekte, sondern verbinden Ost und West. Sie sind im besten Sinne gesamtdeutsche Projekte. Dabei streben wir an, den bisherigen Zeitplan einzuhalten, das heißt die Straßenverkehrsverbindungen weitgehend bis 2010 und die der Schiene bis 2017 fertig zu stellen. Mit ihren in beiden ehemaligen Teilen Deutschlands liegenden Streckenabschnitten sind

sie wahre Symbole der Einheit. Auch der Bundesverkehrswegeplan wird, wie vorgesehen, umgesetzt.

- **Schaffung des „Ostsee-Adria-Entwicklungskorridors“**

Wir verfolgen das Ziel, für eine konkurrenzfähige Anbindung der Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern sowie einer verbesserten Erschließung der Neuen Länder insgesamt eine leistungsfähige Schienenverbindung von Skandinavien unter Einbeziehung Berlins nach Südeuropa zu schaffen. Dabei soll ein weitergehender Raumentwicklungskorridor Ostsee-Adria entstehen. Diese seit Jahren von den Ministerpräsidenten in den Neuen Ländern geforderte alpenquerungsfreie Meer-zu-Meer-Verbindung muss jetzt in die EU-Verkehrspolitik und die in diesem Jahr stattfindende Überarbeitung der Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) eingebracht werden. Nach den mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit geschaffenen West-Ost-Verbindungen wollen wir nunmehr die neuen Länder in Nord-Süd-Richtung mit unseren Nachbarn verknüpfen. Davon erhoffen wir uns wichtige wirtschafts- und infrastrukturpolitische Impulse.

- **Mit „Bürgerarbeit“ Beschäftigung fördern**

Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung. Die Politik allein schafft jedoch keine Arbeitsplätze, sie setzt dafür lediglich die Rahmenbedingungen. Daher ist es so wichtig, das Unternehmertum zu stärken sowie zugleich Arbeitskräfte bestmöglich zu qualifizieren und zu motivieren. Dort, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht, können auch Abweichungsklauseln von den üblichen Regeln der Arbeitsmarktpolitik modellhaft vereinbart werden. Das Konzept der „Bürgerarbeit“ kann dabei ein Instrument zielgerichteter Beschäftigungspolitik sein. Wir wollen dieses Konzept auf seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktreionen prüfen.

- **Gestaltung des demografischen Wandels**

Wir begrüßen den Beschluss der Bundesregierung, zunächst in einem Pilotprojekt bis 2011 mit den Neuen Ländern ein Handlungskonzept zur Verringerung von Abwanderung und Sicherung der privaten und öffentlichen Struktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen zu entwickeln. Wir wollen die dabei getroffenen Erkenntnisse in die gesamtdeutsch angelegte Demografiestrategie einfließen lassen.

- **Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts**

Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den Neuen Ländern bewährt. Wir wollen ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West schaffen.

- **Aufarbeitung des SED-Unrechts – Unrecht beim Namen nennen**

Angesichts der aktuellen Stasi-Vorgänge im brandenburgischen Landtag und der von dem dortigen SPD-Ministerpräsidenten geführten skandalösen „Ver-

söhnungsdebatte“ mit der Linkspartei, werden wir umgehend die Ende 2011 auslaufenden Überprüfungsvorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes verlängern.

Wir überprüfen das System der Rehabilitierung und Entschädigung, mit der von der SED und Staatssicherheit begangenes Unrecht ausgeglichen werden soll. So werden wir die bei der SED-Opferpension in der Verwaltungspraxis aufgetretenen Defizite korrigieren. Wir werden durch eine Gesetzesnovellierung Kapitalverbrecher vom Bezug ausschließen und dafür sorgen, dass den SED-Opfern im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung nicht länger ihre Einkünfte aus Kindergeld angerechnet werden.

Wir werden Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung des SED-Regimes unterstützen. Insbesondere soll die Erschließung der Archive der Parteien und Massenorganisationen, insbesondere der SED, und der staatlichen Verwaltungen der ehemaligen DDR vorangetrieben werden.

Wir begrüßen die noch in diesem Jahr beabsichtigte Einsetzung einer Expertenkommission, welche die Aufgabenentwicklung, die der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gesetzlich zugewiesen sind, analysiert und Vorschläge zur Zukunft dieser Behörde macht.

Zum Unrecht in der DDR vergangener Tage gehörte auch der Umgang mit den deutschen Heimatvertriebenen. Mit den Begriffen „Neubürger“ und „Umsiedler“ wurde ihr schweres Schicksal verschleiert und verschwiegen. Erst die Wiedervereinigung machte es ihnen möglich, sich zu bekennen und Entschädigungen – wenn auch nur im geringen Umfang – nach dem Vertriebenengesetz zu erhalten. Die CDU hat sich stets zu den berechtigten Anliegen der deutschen Vertriebenen bekannt. Wir begrüßen es daher, dass die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ jetzt ihre wichtige Arbeit im Einvernehmen mit ihnen aufnehmen kann und werden dieses Engagement auch weiterhin nach allen Kräften unterstützen.

Einigkeit und Recht und Freiheit: der Auftrag des Jahres 1990

Zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung stehen die ersten Jahrgänge im Berufsleben, die im vereinten Deutschland geboren wurden. Für sie ist die Einheit von Ost und West eine Selbstverständlichkeit. Sie betrachten die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen aus einer gesamtdeutschen Perspektive und im Vergleich zu den wettbewerbsstarken Regionen in Europa und der Welt.

Es ist das zentrale Anliegen der CDU, den Zusammenhalt zwischen den Generationen und Landsmannschaften in unserem Vaterland zu stärken und sie nicht gegeneinander auszuspielen. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass wirtschaftlich schwache Regionen in den jungen und in den alten Ländern gleichermaßen Solidarität und Förderung erfahren.

Die Deutsche Einheit ist noch nicht gänzlich vollendet. Es gibt viele „blühende Landschaften“ – sowohl in Ost wie auch in West. Fakt ist aber: In den Neuen Ländern ist die Arbeitslosigkeit immer noch fast doppelt so hoch wie im Westen. Das volkswirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West ist immer noch groß. Es bleiben strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West sowie auch innerhalb von Ost und West bestehen. An diesen müssen wir überall ansetzen, wenn wir die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse erreichen möchten. Deshalb sind Investitionen in allen Bereichen und Regionen Deutschlands nötig. Dabei dürfen die Bedürfnisse in den alten Ländern, nicht gegen die der jungen Länder ausgespielt werden. Es gibt auch im Westen vieles zu tun. Diese Herausforderung nimmt die CDU an, insbesondere dort, wo sie in Regierungsverantwortung steht. Gerade die Infrastrukturinvestitionen für die vom europäischen Transitverkehr belasteten Bundesländer und sowie der laufende „Stadtumbau West“ für die Kommunen unterstreichen dies.

Nach einer ganzen Generation der Solidarität zwischen West und Ost muss in den nächsten Jahrzehnten eine gesamtdeutsche Solidarität zugunsten der schwächsten Regionen in Deutschland gezeigt werden.

Am 3. Oktober 2010 dürfen wir die staatliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes vor 20 Jahren feiern. In Dankbarkeit blicken wir zurück, hoffnungsvoll schauen wir in die Zukunft. Gemeinsam haben wir die Einheit Deutschlands hergestellt, gemeinsam wollen wir sie in Freiheit und Recht leben. Dabei war und ist die CDU Deutschlands die treibende Kraft. Nur die CDU Deutschlands hat bis zuletzt die deutsche Frage offen gehalten. Wir sind die Union Deutschlands.

***„Danach lasst uns alle streben,
brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand:
Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland!“***